

Merkburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt u. Kreis Merseburg

Bezugspreis für Post und Stadt freibleibend, Ortsbezugs halbjährl. 1.10. Postbez. monatl. 15.00. Einjahresbezug vorbehalten. Erscheint wöchentlich nachmittags. Einzelnummer 15.00. Sonnabends 25.00. Verlagskonto: Amt Leipzig Nr. 18 654. Geschäftsstelle: Bäckerstraße 4; Zweigstelle: Gottardtstraße 38. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg, im Falle adö. Gem. (Streik un.) besteht d. Anpr. a. Liefer. od. Rückbergrit.



Anzeigenpreis für den achtspaltenigen Millimeterraum 8 Goldpfennige; im Reklameteil 32 Goldpf. für Chiffreanzeigen und Nachmeldungen 21 Goldpf. Nachschlag. — Bei Umrechnung in Papiermark ist der amtliche Goldmarkkurs des Zahlungstages maßgebend. — Familienanzeigen ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. — Platzanfrage ohne Verbindlichkeit. — Belegnummer wird berechnet. — Schluss der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vorm. — Fernsprecher 100

Nr. 59

Montag, den 10. März 1924

164. Jahrgang

Schachts Entwurf der Goldkreditbank.

Ausführungen des Reichsbankpräsidenten im Hauptauschuß.

Im Haushaltsauschuß des Reichstages wurde gestern die Frage der Goldkreditbank behandelt. Reichsbankpräsident Dr. Schacht führte folgendes aus:

„Ich darf Ihnen vielleicht historisch berichten, wie die Dinge gelaufen sind. Unmittelbar nach meiner Ernennung zum Reichsbankpräsidenten habe ich mich nach London begeben, um die Verhandlungen zur Verwirklichung eines Zwischenganges aufzunehmen, der mich seit langem beschäftigt hat und der

von folgenden Grundlagen

ausgeht:

Wir haben in Deutschland heute eine Papierwährung, die durch die Inflation an den Rand des Abgrunds gebracht war. Wir haben sie stabilisiert in einem gewissen Umfang durch die Ausgabe der Rentenmark. Die Momente, die dafür sprechen, daß wir die Rentenmark pflichtig behandeln müssen, liegen insbesondere darin, daß die Rentenmark im wesentlichen ein auf Kredit basierendes Geld ist und infolgedessen nicht in jeder beliebigen verkehrten Menge verwendet werden kann. Darüber hinaus haben wir in Deutschland infolge der ganzen Verarmung, in die wir hineingeraten sind, eine

Kapital- und Kreditnot,

der unbedingt, wenn die Wirtschaft wieder in Gang gebracht werden soll, abgehoben werden muß.

Dabei ist eine Wiederherstellung einer wirtschaftlichen Goldwährung in Deutschland selbstverständlich nicht möglich, solange nicht der ganze große Fragekomplex gelöst ist, der sich um das Thema der Reparation handelt. Nun laufen die Verhandlungen des Expertenkomitees selbstverständlich in einem ganz anderen Richtung, als meine obenstehenden Gedanken sind. Das Expertenkomitee wollte eine definitive Goldwährung in Deutschland schaffen, und zwar aus dem Grunde, um die Herausziehung deutscher Reparationsgelder aus Deutschland auf eine valutarisch gesicherte Basis zu stellen. Aus diesen Überlegungen haben die Experten meinen Plänen gegenüber stets das Bedenken geäußert, daß meine Pläne ihre Pläne präjudizieren und hindern könnten. Die Verhandlungen haben hierüber schließlich zu einer Reihe von Einigungen geführt, die ich Ihnen ganz kurz wiederzugeben möchte.

Sie gehen im wesentlichen dahin, daß

der Umfang der Bank begrenzt

wird, und zwar dahin, daß das Kapital 200 Millionen Goldmark betragen und sie das Recht zur Notenausgabe auf 100 Millionen Mark haben soll. Die Reichsbank wird von dem Kapital von 200 Millionen Mark den Betrag von 100 Millionen selbst übernehmen und wird damit die Hälfte von den übrigen 100 Millionen sich noch eine Hilfe dazu erheben — die Majorität des Kapitals demnach behalten, solange diese Goldkreditbank besteht.

Der Sitz der Bank wird in Berlin sein, ihre Leitung in den Händen der Reichsbank liegen. Im Aufsichtsrat, wie überhaupt in der ganzen Verwaltung der Bank werden ausschließlich Deutsche sitzen. Es handelt sich also hier um ein rein deutsches Institut.

Was aber das entscheidende ist: Alle diese Verhältnisse bedingen, daß in diesem Falle die Möglichkeit besteht, dadurch, daß eine besondere juristische Gesellschaft unter Kontrolle der Reichsbank errichtet ist, auch fremdes Kapital für dieses Institut heranzuziehen werden kann. Das geschieht in folgender Weise: Ein internationales privates Konsortium hat sich bereit erklärt, der Reichsbank einen Kredit von 5 Millionen Pfund

zu geben. Die Reichsbank wird dieses Geld verwenden, um die Hälfte des Aktienkapitals der neuen Bank zu zeichnen. Ferner liegen Zuforderungen vor, die die einen Reichsbankkredit für die von der Goldkreditbank anzufordern den Wechsel im Ausland vorsehen, der zunächst beziffert ist auf 20 Millionen Goldmark.

Außerdem sind die Verhandlungen mit einem deutschen Bank-Konsortium so weit gegangen, daß grundsätzlich Einstimmigkeit darüber besteht, daß weitere 5 Millionen Pfund Säckung von einem deutschen Konsortium übernommen wird, fest garantiert werden, so daß, wenn die gesetzlichen Voraus-

setzungen für das Zustandekommen der Goldkreditbank vorliegen, wir mit der Errichtung der Bank in wenigen Tagen rechnen dürfen.

Die Goldkreditbank hat ferner das Recht, Noten auszugeben im Umfang von 100 Millionen Mark, und ich rechne dabei darauf, daß diese Noten insbesondere dazu Verwendung finden, um die im Inlande anfallenden ausländischen Noten gegen die deutschen Pfunde einzuzutauschen. Auf diese Weise würde das Gesamtkapital, das dieser Bank zur Verfügung stehen würde, das Betriebskapital also, auf 500 Millionen Goldmark oder 25 Millionen Pfund Sterling kommen.

Die Frage,

auf welche Währung

diese Bank zu stellen wäre, ist im wesentlichen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten von uns beantwortet worden. Auf Goldmark war sie, sofern man überhaupt an Notenausgabe dachte, überhaupt nicht zu stellen. Die Reichsbank hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß es für die deutsche Wirtschaft richtig ist, die

Bankwährung

für diese Aktien und Noten der Goldkreditbank zu nehmen. An die Ausführungen Dr. Schachts schloß sich eine eingehende Aussprache an.

Neue Reise Dr. Schachts nach Paris.

Paris, 10. März. Nach einem „Sabas“-Bericht wird das Komitee Dawes in der nächsten Woche in der Lage sein, den Entwurf eines deutschen Verleches über das deutsche Budget aufzustellen. Dr. Schacht wird wahrscheinlich am Sonntag nach Paris abreisen, wo er am Montag noch einmal vom Komitee und dem Bankinteressenschuß gehört werden wird.

Die Sachverständigen und Frankreich.

Paris, 9. März. Der meist zuverlässig informierte Außenpolitiker des „Gaulois“ veröffentlicht die folgenden ersten Ausführungen:

„Während wir auf dem Gebiete der inneren Politik die größte Jüggelhaftigkeit zur Schau stellen, während unsere Parlamentarier, die sich nur für die Frage ihrer Wiederwahl interessieren, alle Handlungen der Parteipolitik zum Besten geben, während die Verwaltung unserer Finanzen die Effektivität des Auslandes gegen den französischen Fremdbesitz und die Schieber der Schwächen der Regierung ausbeuten, um dem unglücklichen Verbraucher die Existenz unenträglich zu machen, scheint niemand sich darum zu kümmern, daß Frankreich auf dem Gebiete der äußeren Politik im Begriffe ist, eine Schmach zu erdulden, deren Ausmaß entsetzlichen Einflusses auf die Zukunft des Landes haben wird. Es wird in der Tat immer klarer, daß die Sachverständigen der Sachverständigen die Regelung der Reparationsfrage in weitem Maße bestimmen werden. Man war bis jetzt von dem Gange der Unterhandlungen befreit und glaubte für einen sehr nahen Zeitpunkt eine Beendigung erwarten zu können. Dieser Optimismus ist aber seit einigen Tagen etwas zurückgetreten. Es ist zu erwarten, daß die Sachverständigen wegen der Frage der internationalen Anleihe gekommen, die durch die Reichsbank und die Goldwährungsreform sichergestellt werden soll. Einige Sachverständige halten die französische Vorschläge für befriedigend, und ich glaube zu wissen, daß der amerikanische Sachverständige gleichfalls gewisse Vorbehalte formuliert hat. Nun, man hat es für notwendig gehalten, die Säckungen für eine Woche zu unterbrechen. Die Lösung wird also hinausgeschoben, und ich fürchte, daß unter den gegenwärtigen Umständen die Zeit gegen uns arbeitet.“

Paris, 10. März. „Reit Parteien“ will aus autoritativer Quelle erfahren haben, daß der Festimmungs einzelner Wähler hinsichtlich der Arbeiten der Sachverständigen unbegründet ist. Es werde immer wahrscheinlicher, daß alle Vorschläge der Sachverständigen einmütig erfolgen würden. Ueber gewisse Fragen sei bereits eine allgemeine Einigung erfolgt.

Die Krankheit des Frank.

Die französische Regierung will „Maßnahmen ergreifen“

Paris, 9. März. Unter dem Vorsitz Mitterands fand heute eine Beratung statt, an der Poincaré, der Finanzminister Deladier, der Gouverneur der Banque de France Robinsin, sowie der gefamte Verwaltungsrat der Banque de France teilnahmen. Am Schluß der Sitzung wurde folgendes Kommuniqué veröffentlicht:

„Alle Maßnahmen zur Wiederherstellung der französischen Finanzlage und zur Verbesserung des Frankens wurden erwogen. Die Regierung wird beim Senat darauf dringen, damit die Steuererläge rasch angenommen werden, und sie wird an die Gefährdungen erinnern, die sie vor der Kam-

mer abgab und die darin bestanden, daß die Ausgaben vermindert werden müßten und daß der Politik der Anleihen ein Ende gemacht werden müsse. Die Banque de France wird die Antritte der Regierung unterstützen und wird alle notwendigen Maßnahmen ergreifen.“

Es ist vorläufig nicht bekannt, worin die Maßnahmen im Besonderen liegen, die die Regierung und die Bank von Frankreich ergreifen wollen, um weitere Kursstürze des Frank zu verhindern.

Die Finanzkommission des Senates gegen Poincaré

Paris, 9. März. Die Finanzkommission des Senats, welche den Text der von der Kammer angenommenen Steuererläge erörtert, hat im Grundab die Einparung einer Milliarde an den Ausgaben des Etats von 1924 ange-

Die Kursentwicklung des französischen Frank.

Der Goldbestand der Bank von Frankreich beträgt 3.851/2 Milliarden Frank; der Silberbestand und die Devisenguthaben machen fast eine Milliarde aus. Dem steht ein Notenumlauf von rund 49 Milliarden Frank gegenüber. Die Deckung durch das Gold beträgt demnach rund 14 Prozent. Hierbei muß aber bemerkt werden, daß von dem erwählten Goldbestand nahezu 1.9 Milliarden Frank im Ausland hinterlegt sind zur Sicherstellung von Krediten.

Die Solidität in der öffentlichen Finanzgebarung Frankreichs hat in den letzten Jahren viel zu wünschen übrig gelassen. Frankreich hatte schon in Vorkriegszeiten mit 30 Milliarden Frank die größte öffentliche Schuld. Die Ausgaben der 5 Kriegsjahre erhöhten diese auf etwa 172 Milliarden Frank am Ende des Jahres 1918. Seit 1918 ist diese Schuld aber ganz erheblich gewachsen, und zwar zunächst um 213 Milliarden, die als die von Deutschland wieder einzufordern Ausgaben für die Zwecke der Wiedereinrichtung der besetzten Gebiete, für Pensionen usw. bezeichnet wurden. Die Gesamtheit der Schuld stellt sich aber noch größer dar als 171-213 Milliarden, da die inneren Anleihen sämtlich unter Parl ausgegeben wurden, und der Staat das Defizit zu tragen hat; außerdem ist die äußere Schuld größtenteils in Baluten aufgenommen worden und hat sich dadurch mit dem Sturz des Frank auf ein Vielfaches erhöht. Nach Professor Gode beläuft sich die Schuld einschließlich Vorkriegsschuld, Kriegsanleihen, kurzfristige Schuld, Anleihen bei der Bank von Frankreich und äußeren Anleihen auf über 370 Milliarden Frank. Hierzu treten dann noch Säckungen des Staates für die Anleihen, die von den Selbstverwaltungskorporationen der gefährdeten Gebiete aufgenommen wurden in Höhe von 30 Milliarden; sodann die von der Bank von Frankreich den verbliebenen Ländern während des Krieges gewährten Darlehen, für die der Staat haftet, von etwa 4 Milliarden. Ferner ist noch die Verrechnung der auswärtigen Schuld durch Nichtzahlung der Zinsen in Höhe von 5-6 Milliarden Frank jährlich zu beachten. Somit würde sich die Schuld Frankreichs auf insgesamt über 400 Milliarden Frank stellen. Diesen Passiven stehen verhältnismäßig geringe Aktiven gegenüber, nämlich die Darlehen Frankreichs an die Regierungen der verbliebenen Staaten in Höhe von etwa 15 Milliarden Frank. In diesem Posten ist allein Ausland fast mit 6 Milliarden Frank enthalten.

Die Handelsbilanz Frankreichs bildet ein wesentlich günstigeres Bild. Somit kommt die französische Außenhandelsbilanz in den letzten Jahren zu einem Passivum, das mit rund 1-2 Milliarden Frank angegeben werden kann. Jedoch werden Zweifel an der Jüggelhaftigkeit dieser Zahlen geäußert. Selbst ist man der Auffassung, daß sich der Export Frankreichs beartig günstig entwickelt hat, daß im ganzen doch mit einem Mittelsaldo der Handelsbilanz gerechnet werden kann. Ingesamt kann man die handelspolitische Konstellation Frankreichs betrachten, kaum angenommen werden, daß von dieser Seite her der französische Balute eine wesentliche Gefahr droht. Es ist fast anzunehmen, daß aus dem Ausgabendel eine Stütze abgeleitet werden kann. Was die Zahlungsbilanz angeht, so ist hier die einst so günstige Situation nicht mehr vorhanden. Frankreichs Privatkapital arbeitet vor dem Kriege mit circa 40 Milliarden Goldmark im Ausland. Hiervon ist ein erheblicher Teil — etwa ein Drittel — in Ausland wert, verloren gegangen; die übrigen Auslandswerte dürften nur verhältnismäßig geringe Einkünfte bringen. Würde Frankreich seinen Gesamtverpflichtungen den ausländischen Gläubigern gegenüber auch nur zu einem kleinen Teil nachkommen, so würde sich entscheiden eine erhebliche Passivität ergeben.

Bei einer ruhigen wirtschaftlichen Politik würde Frankreich, das fast von der eigenen Wirtschaft leben kann und in seinen Kolonien starke Rohstoffquellen besitzt, zweifellos zu einem Anstieg seiner Finanzen gelangen können. Die jetzige Methode kann aber ein Zerbrechen der ökonomischen Einheitswelt nicht aufkommen lassen. Die Krisis des französischen Frank ist im wesentlichen eine Krisis des Vertrauens.

nommen. Sie hat mit 15 gegen 3 Stimmen an die Stelle des Tages der Kammer, der die Regierung ermächtigt, auf dem Verhandlungswege vorzugehen, einen Wortlaut geteilt, der endgültig eine Milliarde von dem offenen Kredit des allgemeinen und des Zusatzbudgets freisetzt. Diese Freisetzung wird auf die Ministerien durch ein Dekret des Präsidenten der Republik verteilt. Die Kommission hat die Artikel 3 (Seine Entscheidung von Aemtern), Artikel 4 (20 Proz. Abzug auf alle Steuern), Artikel 5 und dann die Artikel 6-9 (verschiedene Stempelabgaben) angenommen. Artikel 5 wurde abgelehnt. Die Fortsetzung der Diskussion wurde auf Sonntagvormittag vertagt.

Der Millionengarten

Roman von Reinhold Dringmann.

[16] (Rauchern verboten.)
 Wenn es hatte ein Beweiss sein sollen, so war die Absicht vereitelt; denn sie nahm es jedenfalls nicht dafür. Mit einem Aufschrei meinte sie leichthin:
 „Nun, am Ende läuft es doch immer darauf hinaus. Oder können Sie mir mit gutem Gewissen versichern, daß Sie sich noch nie ein reiches Mädchen zur Frau gewünscht haben?“

„Ich habe mir noch nie ein anderes Mädchen zur Frau gewünscht als eines, das ich um seiner selbst willen von Herzen lieb haben kann.“

„Und das Sie um Ihrer selbst willen anbetet. Natürlich, so steht es in allen schönen und erbaulichen Büchern zu lesen. Aber ich glaube, so schön und erbaulich wie in den Büchern steht die Wirklichkeit nicht immer aus.“

„Nun laute es doch wieder wie gutmütiger Spott um seine Mundwinkel.“

„Ich sehe, Fräulein Liselotte, daß Sie seit unserm letzten Besammentreffen nicht nur körperlich noch gewachsen sind, sondern daß Sie auch an Weisheit und Lebenserfahrung beträchtlich zugenommen haben. Mit den Anschauungen, die ich mir draussen in der Provinz zu eigen gemacht habe, komme ich mir schon ganz klein und einfältig neben Ihnen vor. Sie werden mich ein wenig in die Schule nehmen müssen, um einen halbwegs gesellschaftsfähigen Menschen aus mir zu machen.“

„Auch das nahm sie ihm nicht übel. Während sie sich von ihm zur Ausgangstür begleiten ließ, sagte sie mit drohlicher Schelmerei:

„Nun, wenn Sie mir versprechen, ein sehr artiger und folgbarer Schüler zu sein. Man hat mich nämlich inzwischen etwas verbohrt. Und das abtunselose kleine Mädchen, für das Sie mich gehalten haben mögen, bin ich wirklich nicht mehr. Nun, wir werden ja sehen, wie wir miteinander auskommen.“

„Wie gefällt sie dir?“ fragte Frau Kaska erwartungsvoll, als der Baumeister zu ihr zurückkehrte. „In sie nicht begaubernd?“

„Für die erste halbe Stunde — ja“, befähigte er mit

einem Anflug von Bestimmung. „Aber man möchte wohl länger mit ihr umgehen, um bis auf den Grund zu schauen.“

Die kleine Frau war enttäuscht.
 „Du kennst sie doch erst seit einer halben Stunde. Ich finde, sie hat sich seit ihrer Bekanntschaft so gut wie gar nicht verändert. Daß sie jetzt, nachdem sie in die Gesellschaft eingeführt worden ist, nicht mehr ganz so kindlich sein kann, ist doch nur natürlich. Sie ist doch schon im heiratfähigen Alter.“

„Wenigstens steht sie so aus. Aber wenn ihre Reise darin besteht, daß sie alle ihre Verehrer für Mitgiftfänger hält, so muß ihre Erziehung von recht trauriger Art gewesen sein.“

„Nun ja, sie hat ihre Mutter zu früh verloren. Und der Rechtsanwalt ist ein vielbeschäftigter Mann. — Du wirst doch selbstverständlich Besuch machen?“

„Das ist eine Höflichkeitspflicht, die ich dem Doktor Madelung wohl schuldig bin. Er hat sich immer sehr wohlwollend und lebenswichtig gegen mich gezeigt. In dem Verhältnis des Vaters zu ihm hat sich doch nichts geändert?“

„Wie könnte sich darin etwas ändern? Ich glaube, bei eine könnte ohne den andern gar nicht leben. Es ist ein feltener Glücksfall, daß zwei so ausgezeichnete Menschen sich zwischen und zu gemeinsamer Arbeit verbinden dürfen.“

Am zweiten der folgenden Sonntage erst konnte der Regierungsbauameister seine Aufmerksamkeit im Hause des Rechtsanwalts machen.

„Sie werden dich heute nicht mehr fortlassen“, sagte seine Mutter, als er vorher noch einmal zu kurzer Begrüßung bei den Eltern vortrat. „Fräulein Liselotte ist wahrscheinlich böse, daß du mit deinem Besuch so lange geizigert hast, und du wirst dir hoffentlich Mühe geben, sie zu verjöhnen.“

Raul Kaska, der zuhause auf dem Teppich hin und her spazierte, zog die Mundwinkel herab.

„Ich glaube nicht, daß es dazu besonderer Bemühungen bedarf. Fräulein Madelung ist leicht verjöhnt, wenn es sich um einen jungen Herrn handelt. Der Trost, von dem sie sich umharnieren läßt, wächst ja mit jedem Tag.“

Mit einem leichten Zerknurren sah Oswald auf. „Ist das wahr, Vater? Oder machst du nur einen Scherz?“

„Zirkhaus nicht. Wahrscheinlich hast du Gelegenheit, dich gleich heute davon zu überzeugen. Sonntags ist bei Do-

lor Madelung immer offenes Haus. Natürlich wird man dich einladen, auch den Abend da zu verbringen. Und so können wir wohl auch heute nicht auf deine Gesellschaft rechnen.“

„Ich werde nicht dableiben, am wenigsten, wenn ich auf fremde Besucher treffe“, erklärte der Baumeister mit Bestimmtheit. „Und mein ich haben wollen, komme ich mit Freunden zum Abendessen.“

„Der liebe Junge!“ sagte Frau Elise gerührt. Aber auch in den verwitweten Jagen des Bureauvorstehers spielte sich Freude über Oswalds Antwort.

„Daß du jederzeit willkommen bist, weißt du. Und gerade heute hätte ich gern ein Stündchen mit dir verplaudert. Wir haben uns ja noch gar nicht ausgesprochen, seitdem du wieder da bist. Es ist nicht deine Schuld — ich weiß es. Es ging mir während der letzten Wochen zu viel im Kopf herum.“

Aber jetzt — jetzt kann ich ein wenig Atem schöpfen. Es war hohe Zeit.“

Ein dünnes Lächeln umspielte seine verkniffenen Lippen, und er rieb sich die Hände, wie jemand, der mit seiner eben vollbrachten Arbeit höchlich zufrieden ist. Glücklich über seine lang ersehnte gute Laune mochte Frau Elise zu fragen: „So sind deine Verhandlungen mit Herrn Delau endlich zum Abschluß gekommen, Raul?“

Leberhart hielt Kaska in seiner Wanderung inne und beehrte ihr das Gesicht zu.

„Wie kommt du gerade auf den? Und was weißt du von meinen Verhandlungen mit ihm?“

„Gar nichts, Raulchen, gar nichts. Aber er ist in der letzten Zeit so oft hier gewesen. Und du sagtest mir doch, daß du im Auftrage des Herrn Rechtsanwalts allerlei mit wieder Atem schöpfen kann. Das sind aber Berufsachen, nicht Elise, von denen du gütlichweise nichts wußtest, und nichts versteht.“

„Laß dich jetzt nicht länger aufhalten, mein Junge! Und vergiß deine Blumen nicht. Sie sind doch wohl für Fräulein Liselotte bestimmt?“

Er deutete auf den halb in Seidenpapier gefüllten Rosenstrauch, den Oswald vorhin neben sich auf ein Tischchen gelegt hatte. Der Regierungsbauameister zögerte einen Augenblick, dann freiließ er die umhüllungen herab und drückte die Blumen in die schmalen durchsichtigen Hände seiner gelächelten Mutter.

Fortsetzung folgt!

Union-Theater

Dienstag bis Donnerstag.

Das Mädel v. Kentucky

das neueste amerikanische Fabrikat der First National in New-York.

Die Geschichte eines beherzten Mädchens,

Mary Pickford

unter den rauhen Hintermündern des zerklüfteten Kentucky-Hochlandes. Für den Tod ihres Vaters, der

meuchlings ermordet

wurde, will sie Rache üben. Durch die

wilde Romantik des Gebirges

sucht sie die Spur des Täters, ohne zu ahnen wie nahe er ist. — Nach Jahren

wechselvoller Abenteuer

in die Heimat zurückgekehrt, aus der sie flüchten mußte, steht sie dem Mörder gegenüber

Es ist der eigene Stiefvater, der Hand an sie anlegt. Schon bricht sie unter den Fäusten zusammen, die kein Verbrechen scheuten, als

ein Schuß durchs Fenster

die eisernen Klammern löst, die sich um ihren Hals geleg.

Die neue sensationelle Groteske:

Larry Semon . . .

Auf der Bühne

Verständliches Ausrufen! **Gretl Grittly**

Phantastische Tänze, Orientalische Tänze, Spigentänze.

Alfons Fix, Gesangs-Humorist

Anfang 5 1/4 und 8 Uhr.



KEIN WASCHTAG OHNE **feurio** DIE HAUSHALTSEIFE MIT 80% FETTGEHALT

„Nur die echte Feurio“ verbürgt die bekannte Qualität



Mehrere Ladungen orig.

offriechisches Milchvieh

sind bei mir eingetroffen.

Empfehle dieselben zu sehr billigen Preisen.

L. Nürnberger.

Für die Kreise Querfurt-Merseburg ein rührender **Beretreter**

gesucht zum Besuche von Hotels, Wirtschaften, Restauranten und bes. seiner Privatundschiff für Spezialartikel D. R. V. Zeitgem. hohe B. zuge. Nur Herren o. Firmen m. einem Barcapital von 1000 Waldm. a. L. Teilwe. richten Anfr. u. Aufg. vom Ref. unter 471/24 an die Exped. des Blattes.

Kammer-Lichtspiele.

Programm von Dienstag bis Donnerstag.

Die Kette klirrt

Das Schicksal eines unschuldig Verurteilten

5 Akte von Fr. W. Oestören.

Alphons Fryland — Ressel Orla — Frieda Richard Grete Diecks und die 5 Jahre alte Ursel Nest.

Hierzu ein gutes Beiprogramm. Anfang: Nachmittags 5 und 7 1/2 Uhr.

Königin Luise-Bund

Der Parteilose Vereinigung national gesinnter Frauen u. Mädchen

ladet zu feiner

Luise- und Bismarckfeier

am Mittwoch, den 12. März, 7.30 Uhr im „Zoo!“ alle national denkenden Männer und Frauen Merseburgs hierdurch herzlich ein.

Freitred: E. G. General d. Inf.

Dr. F. c. Febr. v. Freitag Vorlinghoven über:

Bismarck und wir.

Zur Deutung der Unkosten werden die Programme, die allein zum Eintritt berechtigen, in der Buchhölz Buch und bei Herrn Eledrich, Buchhändler, für 50 Pfg. und 1 Mk. abgegeben.

Sportverein 99.

Mittwoch, 12. März, 7 Uhr abends

Alpenfest

in den sämtl. dekorierten und reservierten Räumen des Restellers.

Der Vorstand.

Die Zahlung der Kirchensteuern

erfolgt abschließend bis zum 15. d. M. in der Stadt, Feuerkasse vorm 9—12 Uhr. Merseburg, d. 8. März 1924. Coarg. Gemeindekirchenrat v. St. Margit

Durchschlagblätter

für die Schreibmaschine jedes Quantum, liefert das Merseburger Tageblatt.

Kirchliche Nachrichten.

Dom. Getauft: Helge, F. d. Feuerlos, D. Bieker, W. Freyer. — Beerdigt: Frau Annelie Wlad geb. Ulrich.

Stadt. Getauft: Rolf, E. d. b. Balder, Paul, L. d. Geschütz, Donald; Elfriede, F. d. Arb. Heine-mann. — Getraut: der Maschinenlehrl. D. Volgt m. Fr. Mariegeb. Schneider — Beerdigt: der E. d. Altmann, Bürger; das Kind Heinz Becker; die Wwe. Becker.

Altenburg. Getauft: Gerda, F. d. Kaufm. Althardt; Gertraude, F. d. Landwirts. Fiedler. — Beerdigt: d. Beerdigung at Schwab. Schelling; die Ehefrau des Schneidermeisters Wöhler.



Wir bieten gegen Teilzahlung

(ohne Preisermäßigung) die billigste Qualitäts-Schreibmaschine in solidester Ausführung mit leichtem Gang und wunderbarer Schrift. Schreibmaschinenhaus **Grünwald & Co., G. m. b. H.** Leipzig, Katharinenstr. 9. Tel.-Adr.: Monoögr. Tel. 21977.

Ehrenerklärung Ludendorffs für die Reichswehr.

Erregte Zwischenfälle im Laufe der Verhandlung.

Wien, 8. März. Die heutige Sitzung begann wieder unter Ausschluß der Öffentlichkeit da zwei Zeugen aus der Verhandlung, der Kommandant der Reichswehr in Regensburg, Oberst Egel, und Leutnant Hecker über die Teilnahme der Organisation Oberland in Regensburg befragt wurden.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit gegen 10.30 Uhr erteilte der Vorsitzende Landesgerichtsdirektor Reichardt

General Ludendorff

das Wort zu folgender Erklärung:
General Reich von Krefeldstein, der Führer der obersten Reichswehr, hat gestern der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß die Angeklagten beabsichtigen, die Reichswehr herabzusetzen. Auch wir teilen seine Sorge um die Reichswehr. Durch den Schritt Erz. Reich von Krefeldstein könnte jedoch in der Öffentlichkeit die Ansicht erweckt werden, als wenn wir Angriffe gegen die Reichswehr beabsichtigen. Wir Angeklagten haben alle in der Reichswehr gekämpft mit Ausnahme des Oberamtmanns Fried, der nicht das Glück gehabt hat. Wir sehen in der Reichswehr die Fortsetzung des alten Heeres, und nur der große völkische Gedanke hat uns auf die Anklagebank gebracht. Wir sehen in dieser Institution

das Paladium der Freiheit

des schwarzweißroten Gedankens, aber die Reichswehr hat kein Ungerechtes mehr, und es haben höhere Offiziere Taten begangen, die nicht aufzuheben sind. Nicht gegen die Reichswehr, sondern gegen das Offizierskorps wenden wir uns. In der Erde zur Reichswehr, in der Erde zum Vaterlande nehmen wir es mit jedem auf. (Anschließend Favorufe im Jubelraum, die der Vorsitzende rügt.)
Kulturrat Schramm gibt hierzu die Erklärung aus, daß er sich im Interesse der Reichswehr entschlossen habe, auf alle Zeugen zu verzichten, die befragt gegen Oberleutnant Braun anfragte. Er überreicht dann den Bericht einer schwebelichen Zeitung, in der, wie er betont,

Karikaturen gemeinsamer Art

vom Hitler-Prozess enthalten seien. Der Anwalt führt hierzu aus, daß es sich um denselben Zeiger handle, der auch für die ungarische Zeitung *Uz* tätig sei und der schon einmal aus dem Saal entfernt worden war, es aber verstanden haben müsse, wofür er schließlich mit einer anderen Karte, sich wieder Zutritt zu verschaffen.

Der Vorsitzende erklärte hierauf den im Saal anwesenden Leiter der amtlichen bayerischen Pressestelle, Oberregierungsrat Dr. Fisele, dem betreffenden Zeiger, der heute nicht anwesend war, die Karte zu entziehen.

Dann wurde noch einmal General von Epp über das Protokoll der Sitzung vom 6. November vernommen.

Als der Vorsitzende den Zeugen aufforderte, den Zeugen eid zu leisten, hat General Egel, den Epp nach seiner Vernehmung leisten zu dürfen. Der Vorsitzende befragte ihn dann mit dem Hinweis, daß er ihn nur über die Tatsache des Protokolls hören, aber nicht weiter vernehmen wolle, worauf Epp den Zeugen eid leistete.

Bei seiner Vernehmung führte dann der General aus:
Wir sitz in der ersten Zeile, Zeigler ist nicht gekommen. Ich weiß nicht, ob es erfüllt, kann also darüber nichts verschweigen. Es liegt also bei mir auch keine Verschleierung, sondern ein Irrtum vor. Es ist dann ferner beauptet worden, ich hätte am 12. November die Betreuer der Zeidenschaft zu mir geladen. Das ist unrichtig. Ich habe sie nicht geladen, vielmehr sind ältere Herren an mich herangetreten, ich möchte doch ein beruhigendes Wort sprechen.

Hierauf wurde auf eigenen Wunsch Generalleutnant A. D. Erzellens Hildebrand

vernommen, der über Ludendorffs Einstellung Befragungen macht. Der Zeuge erklärt, daß er ein Jugendfreund des Generals Ludendorff sei und mit ihm nicht nur während der Militärdienst, sondern auch jetzt Fühlung gehabt haben. Ich traf, so berichtet Erz. Hildebrand, meinen alten Freund in der Festung, Ludendorff war festlich willkommen empfangen, daß man auf nationale Männer getroffen hatte. Er hat seit an Kaput Wort geglaubt, und General Ludendorff hat mir versichert, daß sie niemals geschwungen worden, sondern jederzeit freier Herr seiner Entschlüsse gewesen. So vertrat er es einfach nicht, daß er unzufrieden sei. In der Tatsache, daß Herr von Epp ihm über die Lösung ihrer Bindungen keine Mitteilungen haben zugehen lassen und seine Bienen festgehalten haben, erklärte mein alter Freund einen

glatten Verlauf.

Ludendorff sagte mir wörtlich: „Wenn ich Hitler verlassen wollte, wäre ich ein gemeiner Schurke.“
Heftige Zusammenstöße ereigneten sich dann wieder bei der Vernehmung des folgenden Zeugen, des

Oberleutnants von Berchem.

Als der Vorsitzende den Zeugen befragen wollte, meldete H. A. Hoder und erklärte:
Wenn hier von Hochberratal zu viel gesprochen wird, so trifft dieser Vorwurf auf den Herrn von Berchem in ganz besonderer Weise zu. Ich muß deswegen gegen die Vernehmung des Zeugen protestieren.
Der Vorsitzende: Diesen Vorwurf gegen den Zeugen muß ich energisch rügen.
Zeuge (in höchster Erregung): Es hieße geradezu die Würde der Angeklagten verletzen, wenn ich nicht verneint werden sollte. (Erregung und Ausrufe im Publikum.)

H. A. D. Suetgebirne: Ich möchte vermittelnd den Antrag stellen, den Herrn Zeugen erst nach seiner Aussage zu vernehmen.
Zeuge von Berchem: Man hat mir verschiedene Anwürfe gemacht, zu denen ich erkläre, daß ich bei der Ansprache in meinem Bataillon am 3. März 1924 ausdrücklich erklärt habe, Leutnant Braun habe den Leutnant Cavella nicht erschossen.

Kulturrat Schramm: Was Ihren Angriff gegen den Oberamtmann Fried betrifft, so werden wir uns an anderer Stelle wiederholen.

Zeuge von Berchem (sich stramm aufrichtend): Dazu bin ich jederzeit bereit.
Kulturrat von Beschwitz: Ich muß dem Zeugen wohlhalten, daß er General Ludendorff gegenüber sich einigermassen merkwürdig benommen hat. Am 14. November hat Herr von Berchem einen Lagebericht heraus-

gegeben, in dem er indirekt gegen General Ludendorff den Vorwurf des Ehrenwortbruchs

erhebt. Ich erbege gegen Herrn Oberleutnant von Berchem den Vorwurf, daß er seinen Lagebericht mindestens fälschlich abgefaßt hat.

Zeuge: Es hat mir ferngelegen, Erzellens Ludendorff einen Ehrenwortbruch vorzuwerfen. Es wird von der Verteidigung aus meinem Bericht willkürlich herausgelesen. (Sehr erregt): Wir von der Reichswehr haben es endlich satt, uns von der Bevölkerung beschuldigen und beschimpfen zu lassen für das, was wir für unsere verdammten Pflichten und Schutzhelfer getan und getan haben. (Aufe Protestrufe im Publikum.)

H. A. Hoder: Erhaben Sie, Herr Zeuge, Beiträge für den Vorkriegsheimatdienst geleistet?

Zeuge von Berchem: Es sind von mir Aufzeichnungen dazu vorhanden worden. Das Material hat Voffow mit Hauptmann Hildebrand zusammengefaßt.

H. A. Gademann: Was dem Zeugen bekannt, daß Major Siry gestern ausdrücklich bekündete, daß Oberleutnant Braun vor dem Auszug aus der Kaserne die Ausrüstung tat: „Wenn wir auf die Leute treffen, dann schieße ich die Hunde nieder!“

Oberleutnant Berchem: Das weiß ich, und ich muß diese Worte nicht als Verleumdung annehmen, sondern zusammenhang damit, daß Braun behauptet haben soll: „Ich bin Soldat, dafür werde ich bezahlt.“

Auf weiteres Befragen der Verteidigung erklärt der Zeuge, daß er die sogenannte blaue Schrift nie gesehen und auch nicht das Geringste dazu betrogen habe.

Die gereizte Stimmung, die während der ganzen Vernehmung des Oberleutnants über sich selbst an beiden Seiten herrschte, entlud sich dann plötzlich in einem Zwischenfall.

General Ludendorff erhob sich und stellte fest, daß der Befehl zur Begnadigung des Kommandos vom General Voffow unterzeichnet sei. Der Befehl habe gelautet: „Wehrtruppenkommando wird heute frühzeitig vernommen.“

Oberleutnant von Berchem: Das kann sein, aber die Ausführungsbestimmungen kamen meines Wissens vom General von Epp. Am vorigen Sonntag ist mich noch vier Monaten doch nicht jeder Kleinigkeit erinnern: Was würden Erzellens auch nicht können. (Anrufe und Rufe wie „Unverständlich!“)

Ludendorff: Für mich handelt es sich hier nur um eine Feststellung.
Rechtsanwalt Hüll (sehr erregt):
Ich würde an den Zeugen noch einige Fragen stellen, aber ich stelle sie nicht mehr, da die Bemerkung des Zeugen zu Erzellens Ludendorff mein deutsches Gefühl beleidigt hat. (Vehemente Favorufe: „Sehr richtig! So wars gut!“ im Jubelraum.)

Vorsitzender: Ich habe von einer Beleidigung nichts gehört.
Oberleutnant von Berchem: Ich habe lediglich gesagt: Auch Erzellens würden sich nach vier Monaten nicht mehr an jede Kleinigkeit erinnern.

Vorsitzender: Diese Bemerkung war vielleicht ungebührlich. Sie ist jedoch keine Beleidigung. Ich habe keine Veranlassung, den Zeugen zurückzuweisen.

H. A. Die Zeugen sind selbstige jedenfalls kein deutsches Empfinden. (Neuer Beifall im Jubelraum.)

Als nächster Zeuge wird der Leutnant A. D. Hecker vernommen, der bei seinem Eintritt in den Saal mit dem Rücken zum Richterisch eine tiefe Verbeugung vor Ludendorff macht und sich erst dann zum Gerichtshof wendet.

Leutnant Hecker nach Vertragsangeheller im Wehrtruppenkommando. Er hat sich seinen eigenen Aussagen am Abend des 8. November dem „Kampfbund“ mit Begeisterung zur Verfügung gestellt. Er war es zu dem Oberleutnant Kriebel in der Nacht gesagt hat: „Sie sind unsere letzte Hoffnung. Sie müssen Voffow zu einer Befreiung mit Ludendorff bringen. Alle anderen Voten sind nicht wiederzuerholen.“

Oberleutnant Hecker fuhr dann mit dem Auto zur Kaserne vom Inf.-Regt. 19 und richtete dort seinen Auftrag an General von Voffow aus. Voffow, so befand der Zeuge, erwiderte:

„Da das Wort gebrochen ist, ist auch keine Verhandlung mehr möglich. Er hat es dann abgelehnt, Erzellens Ludendorff eine Mitteilung zukommen zu lassen. Ich durfte dann die Kaserne nicht mehr verlassen, da mir sonst Schutzhäft angedroht wurde.“

Vorsitzender: General Voffow soll gesagt haben: Das möchte Ihnen so passen, wenn ich Ihnen meine Pläne aufgedeckt hätte.

Zeuge: Jawohl.

In einem erneuten Zwischenfall

kommt es dann, als der nächste Zeuge, Major von Zimmhoff

von der Bundespolizei München aufgerufen wird. Der Vorsitzende sprach dem Zeugen bereits die Eidesformel vor, als mitten drin Rechtsanwält Hoder gegen die Vernehmung protestierte. Der Vorsitzende bildete unwillig auf und meldete, man könne ihn doch unmöglich mitten in der Vernehmung unterbrechen.

Darauf Rechtsanwält Hoder: Ich muß unbedingt gegen die Vernehmung protestieren; wenn der Eid schon geleistet ist, dann ist es zu spät. Wenn hier von Hochberratal überhand die Rede ist, dann kommt der Zeuge als Zeuge in Frage.

Der Zeuge schildert dann die Vorgänge am 8. und 9. November. Als er am Abend des 8. November die Polizeidirektion verlassen wollte, kam ihm atomis ein Kriminalbeamter entgegen, der ihm meldete, daß die

Vernehmung im Bürgerverwalter überfallen und die Regierung gestiftet sei. Major v. Zimmhoff begab sich daraufhin sofort in das Geschäftszimmer zurück und ging dann zum Offizier vom Dienst, der ihm die Nachricht überbrachte und ihm mitteilte, Oberamtmann Fried habe sich bereits mit der Lage erteilt und geraten, zunächst die Landespolizei nicht einzusetzen, um Blutvergießen zu vermeiden. Der Major Zimmhoff alarmierte die Landespolizei, um Befragungen bereitstellen zu lassen. Inzwischen rief auch der diensttuende Beamte des Generallandwirts, Regierungsrat Baron v. Fiedberg, an, der ihm im Mittelteil, daß weitere Erhebungen der Nationalsozialisten im Anmarsch seien. Daraufhin wurde die gesamte Polizei in Bereitschaft gesetzt und die Heranziehung auswärtiger Befragungen besprochen. Es wurden auch die Hauptpost und das Telegraphenamt besetzt, eine Maßnahme, die sich als notwendig erwies, weil später in der Nacht eine Abteilung des Kampfbundes den vergeblichen Versuch machte,

das Haupttelegraphenamt und den Bahnhof in die Hand zu bekommen. Ferner wurde die Befreiung der Unterposten der Landespolizei angewendet. Ich habe Fried gegenüber, so erklärte der Zeuge, Bedenken geäußert, ob sich die Sache im Norden halten würde. Ich habe überhaupt den ganzen Vorgängen miträumt, weil ich mir nicht denken konnte, daß die Sache gut ausging. Es ist nicht richtig, daß ich Beobachtungen getätigt habe. Dagegen habe ich ihn wohl bezüglich begrüßt, weil ich ihn aus seiner früheren Stellung als Befragter für sehr schätzte. Wenn behauptet wird, ich habe ihm gegenüber eine dienstliche Haltung eingenommen, so muß ich erklären, daß ich in Galizien war und daß es bei einem Offizier im Blute liegt, älteren Herren gegenüber die Saden zusammenzunehmen. Immerhin miträumt ich der ganzen Situation. Dann kam der telephonische Anruf von Oberleutnant Fried. Oberst Panzer und Major Hildebrand wollten zu Oberst v. Seiger kommen. Da wir annahm, daß wir übermüdet wurden, gingen wir vorsichtig zum Auto und saßen dann fort. Wir trafen Seiger in sehr erregter Stimmung. Er sagte zunächst: „Alles kommt jetzt darauf an, daß die Landespolizei ihre Untersuchungen fortsetzt.“ Demnach darf Seiger nicht verdrängt und gegen seine völkische Gemütsart sehr vorsichtig. Er tat so einzelne Ausprüche wie: „Das war

ein zweiter Kampfbund.

aber noch schlechter als der Kampfbund.“ Und dann meinte er ironisch: „Jetzt haben sie mich zum Reichsorganisationsminister gemacht! Das gibt es ja gar nicht. Die Polizei ist in die Sache der Väter.“ Dann fuhr er zur Polizeidirektion zurück. Später kam dann vom Staatskommissar der bekannte Funkruf: „Ruh, Voffow und Seiger abnehmen! Seiger-Kampf,“ und schließlich erhielten wir die schweren Auftrag, Seiger und Fried in Ost zu nehmen. Während dann Oberst Panzer die Offiziere geholt hatte, sagte ich zu Fried: „Es tut mir sehr leid, aber ich muß meine Pflicht tun.“ Ich war in einer sehr großen seelischen Aufregung. Ich habe mich später auch Seiger, welche Herren waren sehr betroffen, blieben aber ruhig.

H. A. Hüll: Am 27. Oktober hat Oberst Seiger die Polizeioffiziere vernommen. Ich will Ihnen ein Eidswort geben: Die Judenregierung in Berlin. Was ist dort behandelt worden?

Zeuge: Daran erinnere ich mich nicht.
H. A. Hüll: Sie hat nicht am 8. November Herr Ritter in der Zehn ebenfalls bekannten Befragung gesagt: Herr Seiger, wenn Sie aus Berlin ohne Ergebnis zurückkommen, so gebe ich auf eigene Faust vor?

Zeuge: Daran erinnere ich mich nicht. (Unruhe im Publikum.)

H. A. Hüll: Kennen Sie den Verfasser der Denkschrift „Kudera“ in Bayern?

Zeuge: Das gehört doch wohl nicht zur Sache.
Vorsitzender: Sie müssen darüber ausfragen.

Zeuge: Ich weiß von absolut nichts.
Zum Schluß der Sitzung stellten dann die Rechtsanwält Hölbe und Hoder den Antrag, Voffow nicht an der Verhandlung teilnehmen zu lassen, da die Beweisführung ergeben habe, daß von einer Schuld seinerseits keine Rede sei, und da auch kein Rückverstand vorliege.

H. A. Hüll stellt erneut den Antrag, Herrn v. Kamp umbedingt zu vernehmen, da der Prozess wesentlich mehr gefördert hätte sein können, wenn man anfangt der Zeugen zweiter und dritter Klasse qualitativer den Hauptzeugen Herr v.

Der Vorsitzende erklärte, daß am Montag die Herren v. Kamp und v. Voffow vernommen werden würden. Ueber den Sachverhalt des Oberamtmanns Fried wird das Gericht eine Entscheidung treffen. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen und bis auf Montag morgen 8.30 Uhr vertagt.

Abkehr vom marxistischen Prinzip in der Sozialversicherung.

Der Antrag zu Sparmaßnahmen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens wird als willkommenen Anlaß benützt, eine Reform der Sozialversicherung zu diskutieren. Als Ziel dieser Reform erscheint in den meisten Fällen der Gedanke der Vereinfachung der gesamten Sozialversicherung. Seit der Verfassung der Reichsregierung ist die Vereinfachung Aufgabe der Angestelltenversicherung in die Invalidenversicherung und Auflösung der Betriebs- und Erbschaftrentenfassen zu Gunsten der Allgemeinen Ortsrentenfassen. Diese Vereinfachung soll geschehen zum „Aufbau“ einer gesunden Sozialversicherung. Gelungene Träger der Sozialversicherung sollen also in Frankreich, wo die lebensfähige Versicherung besteht, die wertvolle Reform wird richtig verständlich, wenn man sie als ein Kind marxistischer Revolutionen erkennt.

So ist auch die Zeitschrift des sozialdemokratisch orientierten Teiles der Allgemeinen Ortsrentenfassen, „Die Ortsrentenfassen“, natürlich eine unentwegt Verfechterin dieser „Reform“-Ideen. Im 10. Heft dieser Zeitschrift ist in Nr. 43 23 einen Aufsatz des bekannten Kölner Professors Stier-Somlo veröffentlicht, in dem der Verfasser von dem Standpunkt der „Ortsrentenfassen“ vollständig abdrift. Professor Stier-Somlo schreibt: „Das Generalprinzip lehe ich darin, daß die Selbsthilfe neben die Staatshilfe zu treten hat. Außer der staatlich unmittelbaren zu erzielenden Krankenrente hat die größten Arbeitgeber- und Berufsvereine sich gegenseitig obligatorisch, aber mit einer gewissen Freiheit im Einzelnen, ergänzen zu treten. ... Das Hilfskassenwesen ist neu zu erweiden. Selbsthilfe auf allen Etagen, Freiheit und persönliche Verantwortung, Beweglichkeit und Befähigung jeder Schablone, Parteilichkeit und Leistungslosigkeit, diese sind die Ziele der Sozialversicherung.“

Die Frage ist, ob sich dieser Aufsatz als weiser Rabe in die „Ortsrentenfassen“ verfliegen hat, oder ob auch da über egoistische Futtertrümpfenstellen ein Verständnis für die wahren Grundtendenzen gesunder Sozialpolitik aufsteht.

Die „deutschen“ Frauen an — Frau Wilson.

Fraulein Anita Augsburg, Fraulein Lydia Gustava Heymann und Fraulein Frau, deren Aufstehen in London schon so schweres Vergernis gegeben hat, sind mittlerweile in der Neuen Welt eingetroffen. Dort haben sie sofort, wie dem New Yorker Herald zu entnehmen ist, folgenden Dankbrief an Frau Wilson veröffentlicht:

Newport, den 14. 2. 24.
Liebe Frau Wilson!
Wir, die unterzeichneten Vertreter des deutschen Zweiges der Womens International League for Peace and Freedom, soeben zum fünften zweijährigen Kongreß dieses Verbandes hier eingetroffen, wünschen unser tiefstes Bedauern für die

